Anzeige

BVV SÜDWEST

Journal der CDU-Fraktion Steglitz-Zehlendorf Nr. 44 / 20. Dezember 2025

Bildungsstadträtin Malgorzata Sijbrandij ist auch für Kunst und Sport verantwortlich

Neues Gesicht und frischer Wind für die Kultur Steglitz-Zehlendorfs

Steglitz-Zehlendorf. Sie ist jung und polyglott, voller Tatendrang und eine hochqualifizierte Juristin: Seit dem 15. Oktober führt Malgorzata Sijbrandij in Steglitz-Zehlendorf die Geschäfte der Stadträtin für Bildung, Kultur und Sport. Da wurde sie von der BVV als Nachfolgerin von Cerstin Richter-Kotowski gewählt.

Besuch beim Bezirksschülerausschuß. Sijbrandij im Gespräch mit Schulkindern der Sachsenwald-Grundschule.

Die Sportstadträtin beim Steglitzer Fußballclub Viktoria mit Tanja Wielgroß (l.) und Ariane Hingst (r.).

Kultur mobil: Überall im Bezirk kommt einer der zwei Bücherbusse den Lesern entgegen. Fotos: Guido Dankwarth

Die vielfältig gebildete, mehrsprachige Regierungsrätin, 1981 im polnischen Slubice geboren, war bereits seit geraumer Zeit in der bezirklichen CDU-Kommunalpolitik aktiv. „Ich freue mich, Bildung, Kultur und Sport im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf gestalten zu dürfen“, sagte Sijbrandij nach ihrer feierlichen Vereidigung durch Bezirksverordnetenvorsteher René Rögner-Francke.

„Gemeinsam mit allen Beteiligten möchte ich daran arbeiten, daß unser Bezirk ein Ort bleibt, an dem Lernen, Kreativität und Bewegung für alle erlebbar sind“, so die Hobby-Pianistin und verheiratete Mutter einer Tochter. Zudem sei ihr die Sanierung, Modernisierung und Digitalisierung der Schulen sowie die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft ein Anliegen. Gleich nach Amtsantritt besuchte die neue Stadträtin Einrichtungen ihres umfassenden Ressorts in den Ortsteilen von Steglitz-Zehlendorf und besprach mit Verantwortlichen in Schulen und Bibliotheken, der Volkshochschule und der Musikschule die dringendsten Aufgaben.

Die Chopin-Liebhaberin kennt sich nicht nur in Musik aus, sondern ist auch Übersetzerin und studierte erfolgreich Rechtswissenschaften in Posen und Frankfurt (O.). Zudem absolvierte sie ein Auslandsstudium an der Université Sophia Antipolis in Nizza.

Die 44jährige bisherige Regierungsrätin im Infrastrukturministerium von Brandenburg folgt Cerstin Richter-Kotowski, die als Staatssekretärin für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt in die Senatsverwaltung berufen wurde. Seit Juni dieses Jahres war der Posten der Kulturstadträtin in Steglitz-Zehlendorf unbesetzt und wurde von Sozialstadtrat Tim Richter (CDU) wahrgenommen, der seitdem auch Vize-Bezirksbürgermeister ist. Bezirksstadtrat Patrick Steinhoff hatte vorübergehend die Leitung des Sport-Fachbereichs im Bezirksamt wahrgenommen.

Im Zweifel immer den Notruf 110 wählen!

Polizei gibt Tips zur Vorbeugung gegen Einbrecher

Steglitz-Zehlendorf. Jahreswechsel bedeutet Dunkelheit, wenn die Sonnenstrahlen wieder auf wenige Stunden begrenzt sind. Dieses Zusammenspiel zieht seit jeher Einbrecher und andere Spitzbuben an.

Wannsee, Nikolassee, Schlachtensee, Zehlendorf und Dahlem sind bei Einbrechern beliebt, dort gibt es viele Einbrüche. Zu viele, klagt die Polizei, die solchen durch praktische Ratschläge Einhalt gebieten will. Daher gilt einer der Schwerpunkte der Arbeit diesem Problem. Viele Einfamilienhäuser sowie die Stadtrandlage bieten günstige Tat- und Fluchtgelegenheiten für Einbrecher.

Auch der Polizeiabschnitt 43, für de Südwesten des Bezirks zuständig, bietet verstärkt Maßnahmen im präventiven Bereich an, unter anderem Anwohnerberatung und die Verteilung von Informationsmaterial. Die Erfahrung hat nach Polizeiangaben gezeigt, daß Einbrecher ihre Taten nicht weiter ausführen, wenn sie zu lange brauchen, um in eine Wohnung zu kommen. Von daher müßten die Bürger wissen, wie sie Türen und Fenster am besten sichern. Außerdem sollten aufmerksame Nachbarn bei verdächtigen Feststellungen (Klirren von Glas, Beobachtung von unbekannten Personen, offenen Türen oder Fenstern, aktiven Einbruchmeldeanlagen) nicht zögern, den Notruf 110 zu wählen. Es entstehen auch im Falle eines Fehlalarmes keine Kosten. Wer weiterführende Informationen benötigt, erreicht die Präventionsbeauftragten der Polizei unter ☎ 46 64-97 99 99.

Liebe Leser,

ein aufregendes Jahr geht zuende. Zu Weihnachten 2024 wußten wir nicht mal, wann die vorgezogene Bundestagswahl sein würde. Wir hatten die handlungsunfähige Bundesregierung einer zerbrochenen rot-grünen Koalition, die 2021 als Ampel gestartet war und ohne „Gelb“ ihre Mehrheit verlor. Heute scheint in Steglitz-Zehlendorf Ähnliches zu passieren. Inzwischen gibt es Zweifel, ob die FDP der Zählgemeinschaft noch zugerechnet werden möchte.

Transparenz und Öffentlichkeit sind wichtige Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Bei Bauvorhaben, die im Stadtentwicklungsausschuß vorgestellt werden, wird bislang die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die CDU-Fraktion will die Geheimniskrämerei beenden, zumal laut dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz jeder Mensch Auskunft erhalten solle.

Noch immer fehlt der Anschluß der U-Bahn an die S-Bahn am Mexikoplatz. Für einen reibungslosen öffentlichen Nahverkehr ist dies – 40 Jahre, nachdem die von Ost-Berlin kommandierte „Deutsche Reichsbahn“ die S-Bahn an die BVG übergab und 35 Jahre nach der Wiedervereinigung – ein Armutszeugnis. Das gilt auch für solche Lücken wie die seit September 1980 stillgelegte S-Bahnlinie über Zehlendorf-Süd nach Düppel. Busse ersetzen auf Dauer keine Bahn.

Bei aller Trauer und Besinnung, den der November zu bieten hatte, gab es zuvor auch eine gute Nachricht: Am 13. Oktober, zwei Jahre nach ihrer Entführung, kamen die letzten überlebenden Gefangenen der Hamas frei, darunter auch Deutsche. Die Solidarität, die Israel seit dem Überfall auf sein Staatsgebiet am 7. Oktober 2023 auch aus Steglitz-Zehlendorf erfuhr, wurde nur von häßlichen Aufmärschen terroristischer Sympathisanten übertroffen. Immer noch finden sich auf Berliner Straßen und Plätzen und sogar auf dem Campus der Freien Universität gewalttätige Störenfriede und Provokateure gegen die Polizei zusammen, die unseren Rechtsstaat strapazieren und die Versammlungsfreiheit mißbrauchen. Angesichts der Zunahme antisemitischer Vorfälle und zunehmender Gewalt unter Jugendlichen fordert die CDU-Fraktion zum wiederholten Male entschlossene Maßnahmen gegen Antisemitismus.

Ich wünsche Ihnen eine friedliche Weihnacht, ein friedliches Lichterfest und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihr Martinus A. Schmidt

POLITISCHE ANZEIGE
Für diese und die folgenden drei Seiten gilt:
Der Auftraggeber ist die Fraktion der CDU in der BVV Steglitz-Zehlendorf.
Die Anzeige steht im Zusammenhang mit der Arbeit der BVV-Fraktion.
Weitere Informationen unter https://funke-mediasales.de/tb/20251206_24218757.pdf

Fraktionsvorsitzender Torsten Hippe

Öffentlichkeit für Schwanenwerder-Bauvorhaben

Wannsee. Die CDU-Fraktion will die weiteren Beratungen für das Bauvorhaben auf der Insel Schwanenwerder in öffentlichen Sitzungen abhalten.

In einem entsprechenden Antrag des Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe heißt es, die Durchführung der Beratung der geplanten Bebauung auf dem Grundstück Inselstraße 32 berühre „im besonderen Maße die Öffentlichkeit, da über Jahrzehnte eine negative Auswirkung auf die Naturlandschaft von Havel und Wannsee entstehen“ könne.

Derzeit ist nach einer Stellungnahme des Rechtsamtes der zuständige Stadtrat gezwungen, den Ausschluß der Öffentlichkeit aus den Sitzungen des Stadtplanungsausschusses zu beantragen. „Wir halten diese Stellungnahme im Ergebnis für falsch“, so Hippe. Wie die Inselstraße 34 zeige, könne die negative Wirkung auf das Naturbild „weit über die normal verunstaltende Wirkung eines sonstigen Bauvorhabens hinausgehen.“

Die geplante Bebauung des Schwanenwerder-Grundstücks an der Inselstraße 32 soll nicht länger hinter verschlossenen Türen behandelt werden, da negative Auswirkungen auf die Natur zu befürchten sind. Grafik: M.A. Schmidt

Dem Bezirksamt wird empfohlen, die weitere Beratung des Bauvorhabens Inselstraße 32a (Schwanenwerder), insbesondere in den Ausschüssen für Stadtentwicklung und Wohnen sowie für Grünanlagen, Natur, Umwelt, in öffentlicher Sitzung durchzuführen. Unter Berücksichtigung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes sei es unverständlich, so Hippe weiter, warum nicht auch die Mitglieder und Besucher des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen „Menschen“ im Sinne dieses Gesetzes seien oder gar die Rechte von Bezirksverordneten zur Information geringer sein sollen als die der übrigen „Menschen“ im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes.
„Es ist in allen Fällen, soweit ein „Mensch“ nach dem Informationsfreiheitsgesetz Berlin Auskunft erhielte, auch öffentlich zu beraten, da kein schützenswertes Interesse besteht, wenn jeder ohnehin Auskunft erhielte. „Gesetzliche Hinderungsgründe liegen nicht vor, so Hippe, der auch Auschußvorsitzender ist.

Bezirksverordneter Brnhard Lücke

Das Pilotprojekt des Senats, an Schulen richtiges Verhalten bei Erster Hilfe und in Notfällen zu lehren, soll nach dem Willen der CDU-Fraktion auch in Steglitz-Zehlendorf durchgeführt werden. Grafik: kasto, AdobeStock

„Retten und Schützen“ an Schulen einführen

Steglitz-Zehlendorf. Der Bezirk soll sich nach dem Willen der CDU-Fraktion am Pilotprojekt des Berliner Senats „Retten und Schützen“ beteiligen.

Sie erreichen Bernhard Lücke per E-Mail an B.Luecke@cdusz.de

Ein Antrag des Bezirksverordneten Bernhard Lücke sieht vor, daß zur Einführung dieses Vorhabens nicht nur den Urheber, die Berliner Feuerwehr, sondern auch die lokalen Gliederungen der Blaulichtorganisationen wie etwa das Technische Hilfswerk eingebunden werden. „In dem umgangssprachlich als ‚Schulfach‘ bezeichneten Projekt lernen Schüler Grundlagen von Erster Hilfe, Brandschutz und Verhalten in Notfällen“, erläutert Lücke seinen Antrag. Praxisnahe Übungen mit Feuerwehr-Ausrüstung bereiten die Teilnehmer auf echte Einsatzsituationen (wie Evakuierung, Löschen oder Absichern) vor.

Hintergrund der Übungen sei, durch Abbau von Distanz mehr Verständnis für Einsatzkräfte zu schaffen und damit ihren stärkeren Schutz – besonders nach Angriffen in der Silvesternacht – zu erreichen.

Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns

Jährliches Gedenken an den 7. Oktober

Steglitz-Zehlendorf. Der Bezirk soll nach dem Willen der CDU-Fraktion künftig an jedem 7. Oktober die israelische Flagge hissen und zur Mittagszeit eine öffentliche Schweigeminute abhalten. Damit soll nach einem Antrag der Bezirksverordneten Dr. Sabine Lehmann-Brauns der Opfer des Anschlags auf Israel vom 7. Oktober 2023 gedacht werden.

Sie erreichen Dr. Sabine Lehmann-Brauns per E-Mail an anwaltskanzlei@bln.de

An diesem Tag wurde der Staat Israel Opfer eines beispiellosen terroristischen Angriffs durch die palästinensischen Terroristen. Hunderte unschuldige Menschen wurden getötet und mißhandelt, unzählige weitere verletzt oder entführt. Das Massaker und das Schicksal der entführten Geiseln löste weltweit Entsetzen, Schmerz und Betroffenheit aus.

„Der 7. Oktober steht für eine Zäsur jüdischen Lebens und für einen erneuten Weckruf, daß Antisemitismus nicht der Vergangenheit angehört, sondern bittere Gegenwart ist“, heißt es in der Begründung der Bezirksverordneten für ihren Antrag. Dieses Ritual möge Ausdruck des Bekenntnisses zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk, zum Existenzrecht Israels und zur jüdisch-christlichen Kulturgeschichte werden. „Es ist unsere Aufgabe, klar an der Seite derjenigen zu stehen, die von Terror, Haß und Antisemitismus betroffen sind“, so die Kommunalpolitikerin.

Denkmal für Gefallene des 1. Weltkriegs restaurieren

Dahlem. Das Denkmal für die gefallenen Soldaten des 1. Weltkriegs an der Kreuzung Königin-Luise-Straße/Pacelliallee soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion restauriert werden.

In einem Antrag der Bezirksverordneten Dr. Sabine Lehmann-Brauns soll das Bezirksamt ersucht werden, das einem Obelisken gleichende Denkmal zu sanieren und die gesamte Anlage in einen würdevollen Zustand unter Einbeziehung des gesamten Grünflächenareals zu bringen. „Das Denkmal verfällt zusehends und bedarf der dringenden Sanierung“, appelliert die Kulturpolitikerin. Das auf der Spitze ruhende Kreuz sei teilweise abgebrochen, der Stein zerbrösele unter dem abfallenden Putz. „Das denkmalgeschützte Grünflächenareal bietet ein Bild der Verwahrlosung“, beklagt die Bezirksverordnete.

Das Denkmal verfällt, und die Anlage wirkt ungepflegt. Das will die CDU-Fraktion ändern. Foto: M.A. Schmidt

Bezirksverordneter Leonhard Wolters

Zugang zum Schäferberg-Turm

Wannsee. Der Fernmeldeturm auf dem Schäferberg soll nach dem Willen der CDU-Fraktion am Tag des Offenen Denkmals für den Besucherverkehr zugänglich sein.

In einem Antrag des Bezirksverordneten Leonhard Wolters wird die Bedeutung des Turmes für den Bezirk und das damalige Berlin (West) hervorgehoben. Von 1964 bis 1990 diente der im Auftrag der Landespostdirektion Berlin von Hans Gerds und Walther Pieckert gebaute Fernmeldeturm der ungehinderten Telekommunikation mit dem Bundesgebiet.

Bauwerken wie diesem sei es zu verdanken, so Wolters in seiner Begründung, daß West-Berlin zu Mauerzeiten eng mit dem Bundesgebiet verbunden gewesen sei. Im Umland wurde der gute Sendeempfang zudem genutzt um das „West-Fernsehen“ zu empfangen. „Auch sorgte der Schäferbergturm dafür, daß der damalige Vizekanzler Willy Brandt am 25. August 1967 auf der Berliner Funkausstellung überhaupt erst den roten Knopf für die Einführung des Farbfernsehens drücken konnte“, erläutert der Bezirksverordnete und fügt hinzu, daß der Schäferberg auch heute prägend und sichtbar für Wannsee und Umgebung ist.

Sie erreichen Leonard Wolters per E-Mail an wolters@cdu-bvv-sz.de

Weithin sichtbar: der 212 Meter hohe Fernmeldeturm. Foto: M.A. Schmidt

Brillen-Sammelboxen im Bezirk aufstellen

Steglitz-Zehlendorf. Der Bezirk soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion am Projekt des Deutschen Katholischen Blindenwerks e.V. zur Weiternutzung alter Brillen teilnehmen.

Laut einem Antrag des Bezirksverordneten Leonhard Wolters sieht das Projekt, eine Kooperation des Netzwerkes „Bildung und Soziales (NBS)“ mit der Senatsverkehrsverwaltung vor, in Einrichtungen im Bezirk eine Brillen-Sammelbox, ähnlich wie zeitweilig im Nachbarbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf praktiziert, aufzustellen.

Zahlreiche Brillenträger bewahren laut Wolters nicht mehr benötigte Brillen auf, ohne zu wissen, wo sie diese abgeben könnten. Gleichzeitig seien Millionen Menschen allein deshalb sehbehindert, weil ihnen eine geeignete Sehhilfe fehle. Besonders betroffen sind nach Wolters' Angaben die ärmsten Länder, wo 89 Prozent der Menschen mit Sehbehinderungen lebten. „Die Brillenboxen bieten eine einfache Möglichkeit, ungenutzte Brillen weiterzugeben“, so erläutert Wolters. Die gesammelten Sehhilfen würden jährlich durch das Netzwerk für Bildung und Soziales GmbH (NBS) an die Initiative „Brillen Weltweit“ des Deutschen Katholischen Blindenwerks e.V. übergeben. Von dort gelangten die Brillen an Hilfsorganisationen, die sie aufbereiten und kostenlos an bedürftige Menschen anpassen, die sich keine Sehhilfe leisten könnten.

In vielen Haushalten liegen nicht mehr genutzte Brillen. Grafik: wachiwit, AdobeStock

Bezirksverordneter Jens Kronhagel

Bahnhofsausgang zum Neubaugebiet

Lichterfelde. Der südliche Ausgang des S-Bahnhofs Lichterfelde-Süd soll nach dem Willen der CDU-Fraktion zum Neubaugebiet Neu-Lichterfelde geöffnet werden.

In einem Antrag des Bezirksverordneten Jens Kronhagel wird das Bezirksamt gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß der bereits vorhandene südliche Ausgang des S-Bahnhofs Lichterfelde-Süd zum Baugebiet geöffnet wird. Der S-Bahnhof Lichterfelde-Süd verfügt bereits jetzt über einen südlichen Ausgang zum Westfalenring. Damit dieser rechtzeitig zur Fertigstellung des vierten Bauabschnitts und zur Eröffnung der Schule in „Neu-Lichterfelde“ zum Neubaugebiet hin geöffnet werde, sei unverzüglich mit den notwendigen Planungsschritten des Landes Berlin zu beginnen, betont Kronhagel.

Sie erreichen Jens Kronhagel per E-Mail an jens-kronhagel@t-online.de

Bezirksverordnete Dr. Marela Bone-Winkel

Lärm auf der AVUS messen

Nikolassee. Auf der Autobahn A115 soll nach Vorstellung der CDU-Fraktion während der bevorstehenden Sanierungsarbeiten der Verkehrslärm gemessen werden.

Ein entsprechender Antrag der Bezirksverordneten Dr. Marela Bone-Winkel sieht vor, daß das Bezirksamt auf die zuständigen Stellen einwirkt, den Verkehrslärm auf der als Avus bekannten Autobahn im Bereich Spanische Allee und Kleeblatt umfassend zu messen. Damit lägen für die zu Beginn der Baumaßnahmen angekündigten Lärmschutzmaßnahmen aktuelle Daten vor. Die voraussichtlich bis 2026 bestehende Baustelle wie auch die A115 liegen nach Angaben von Bone-Winkel im Bereich Nikolassee sehr nah an Wohngebieten. Insofern komme dem Lärmschutz besondere Bedeutung zu: „Zahlreiche Anwohner engagieren sich bereits jetzt für angemessene Lösungen“, so die Verkehrspolitikerin.

Sie erreichen Dr. Marela Bone-Winkel unter 0162 24 88 887 und marela@bone-winkel.de

Zebrastreifen in der Breisgauer Straße

Schlachtensee. Ein neuer Zebrastreifen an der S-Bahn-Brücke soll Fußgängern künftig die Überquerung der Breisgauer Straße erleichtern.

In einem Antrag der Bezirksverordneten Dr. Marela Bone-Winkel wird das Bezirksamt aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, daß auf der Breisgauer Straße dauerhaft ein Zebrastreifen südlich der S Bahn-Unterführung – also zwischen Bahnbrücke und Altvaterstraße – angelegt wird. Dort verlief während der Baumaßnahmen provisorisch ein Übergang. Zudem sollen die Stellen nach Intervention durch das Bezirksamt dafür sorgen, daß an der Ausfahrt vom Parkplatz „Rewe“ in die Breisgauer Straße ein Halte-Schild oder ein Schild angebracht wird, das darauf hinweist, daß der vom Parkplatz ausfahrende Verkehr keine Vorfahrt hat.

Passanten und insbesondere die Ärzteschaft des an der betreffenden Ausfahrt befindlichen Ärztehauses hatten um eine wirksame Lösung gebeten, um die Verkehrssituation an dieser Stelle zu entzerren, so Bone-Winkel. Wiederholt sei es dort zu gefährlichen Zwischenfällen gekommen.

Bezirksverordneter Michael Zwilling

Für ein Halteverbot in der Albrechtstraße 92

Steglitz. In der Albrechtstraße sollte nach Ansicht der CDU-Fraktion in Höhe des auslaufenden Parkstreifens vor der Hausnummer 92 in Fahrtrichtung Rathaus Steglitz ein absolu-tes Halteverbot gelten.

Wie es im Antrag des Bezirksverordneten Michael Zwilling heißt, wird das Bezirksamt ersucht, sich bei den zuständiger Stelle dafür einzusetzen, daß dort das entsprechende Verkehrszeichen 283 aufgestellt wird.

„Den BVG-Bussen ist“, so Zwillings Begründung, „ein reibungsloser Wechsel in die Fahrspur über den auslaufenden Parkstreifen häufig nicht möglich, da diese Fläche trotz eines geltenden Parkverbot zum Parken genutzt wird.“ Dies beeinträchtige den reibungslosen Busverkehr, sagt Zwilling. Zwar weise bereits jetzt ein Schild in entgegengesetzter Richtung auf das dort geltende Parkverbot hin, doch werde dies wegen fehlender Eindeutigkeit oft nicht wahrgenommen. „Zudem erschwert das unzulässige Parken den Anwohnern das Herausfahren aus der Albrechtstraße 92“, erläutert der Verkehrspolitiker seine Initiative.

Sie erreichen Michael Zwilling per E-Mail an michael-zwilling@t-online.de

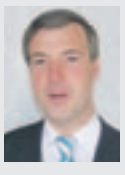
Foto: Swetlana Wall, AdobeStock

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf,
Kirchstraße 1-3, 14163 Berlin,
Tel.: (030) 90 299-53 10,
E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de
V.i.S.d.P.: Torsten Hippe
Redaktion: Martinus Araújo Schmidt

Verlag: FUNKE Media Sales & Services Berlin GmbH, Wilhelmstraße 139, 10963 Berlin, Tel.: (030) 887 277 100

Druck: Axel Springer Druckhaus Spandau
Auflage: 124.190 Exemplare



Haben Sie Anliegen, Beschwerden oder Sorgen? Wir kümmern uns!

Wenden Sie sich an Fraktionsvorsitzenden Torsten Hippe: 902 99 53 10, Fax- 61 10, E-Mail: info@fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Online mehr über unsere Fraktion erfahren: Weitere Infos erhalten Sie auch auf www.cdu-bvv-sz.de

Anzeige

Anzeige

kurz notiert

Nach CDU-Antrag 2023 Zebrastreifen in Schönow

Zehlendorf. Ein neuer Zebrastreifen erleichtert seit Freitag, 7. November, den Fußgängern in Schönow das Überqueren des vielbefahrenen Teltower Damms. Bereits im Jahr 2023 hatte auf Anregung des Runden Tisches Zehlendorf-Süd der Bezirksverordnete Ralf Fröhlich in der BVV den Übergang beantragt. Besonders die Nutzer von Einrichtungen in der Umgebung wie der Camphill Alt-Schönow gGmbH und des Jugendprojekts Sonnenhaus nutzen seitdem den Zebrastreifen.

Marode Sitzbänke vor Wilma-Rudolph-Schule dringend erneuern

Dahlem. In der Straße Am Hegewinkel/Carpinusweg solle das Bezirksamt nach dem dem Willen der CDU-Fraktion Sitzbänke aufstellen. An dieser Stelle befinden sich bereits Reste, nämlich Betonteile und provisorisch zusammengezimmerte Holzteile alter Bänke. Diese sind aufgrund ihres Zustandes unbenutzbar und bedürfen dringend einer Erneuerung.

Heizungsausfall an der Gail-Halvorsen-Sekundarschule

Hat das Amt Fördermittel verpaßt?

Dahlem. Für die Gail-Halvorsen-Sekundarschule hat das Bezirksamt offenbar keine Fördermittel aus dem GEG-Programm beantragt. Das hat den Bezirksverordneten Ralf Fröhlich nun zu 18 Fragen an das Bezirksamt veranlaßt, ob damit verpaßt wurde, auf Bundesmittel zuzugreifen. Mit dem Programm aus Bundesmitteln nach dem Gebäudeenergiegesetz werden seit 2024 Umbauten zu wirksam beheizten Gebäuden gefördert.

An der Gail-Halvorsen-Schule fiel 2024 die Heizung komplett aus. Die Hintergründe der Instandsetzung führten nun zu einigen Fragen. Foto: M.A. Schmidt

Hintergrund von Fröhlichs Anfrage ist, daß die Heizung im Schulgebäude Im Gehege im vergangenen Jahr laut Hochbauamt total ausfiel und das Amt schnell habe reagieren müssen. Das ist laut Bezirksamt alles nach gesetzlichen Vorgaben passiert. Diese Themen seien von der Hochbauabteilung bisher noch nicht professionell bedient worden, so ein Vertreter des Amtes im zuständigen Ausschuß. Es sei bei dem Projekt darauf angekommen, schnell zu reagieren. Die Heizung sei im letzten Jahr wirklich total ausgefallen. Darum wurde entschieden, sie aus Bezirksmitteln instandzusetzen. Es habe nicht genügt, ein paar Papierzettel auszufüllen, um die Förderung zu beantragen. Die Heizanlage der Gail S. Halverson-Grundschule wurde nach Auskunft des Amtes komplett erneuert und durch eine Hybridheizung (sogenannte „GEO-Thermie Wärmepumpe und Gas-Brennwerttechnik“) ersetzt. Der Gasverbrauch sollte dadurch um zwei Drittel und der Co2-Ausstoß um die Hälfte sinken. Der Energiebedarf könne um 25 Prozent reduziert werden.

Trifft es denn zu, will Fröhlich wissen, daß für die Gail S. Halvorsen Sekundarschule keine Fördermittel aus dem GEG-Programm beantragt wurden? Falls ja: Warum wurde darauf verzichtet? Gab es technische oder rechtliche Gründe, die einen Antrag verhindert haben? Gab es Hinweise der Heizungsfirma auf Fördermöglichkeiten, die bewusst nicht berücksichtigt wurden, um den Bau der Heizung zu beschleunigen?

Aufgrund der Dringlichkeit wurde das Projekt nach Amtsangaben aus Bezirksmitteln bezahlt. Erst Zukünftig sollen Fördermittel genutzt werden. Diese Entscheidung sei zu einem Zeitpunkt getroffen worden, zu dem die Beantragung von Fördermitteln eine Umsetzung in 2024 nicht mehr möglich gemacht hätten. Die Finanzierung erfolgte daher aus Mitteln der baulichen Unterhaltung Schulen und Investitionsmitteln des Energiesparpartners.

Bestand grundsätzlich die Möglichkeit, so fragt Fröhlich, Fördermittel aus dem GEG-Programm für diese Schule zu beantragen? Wurde die Förderfähigkeit der Schule geprüft? Falls ja: Mit welchem Ergebnis? Welche Gründe führten dazu, daß keine entsprechenden Anträge gestellt wurden? Wie stellt das Bezirksamt sicher, dass alle möglichen Förderungen – sowohl nationale als auch europäische – für öffentliche Gebäude genutzt werden? „Wer trägt“, so fragt Fröhlich abschließend, „die Verantwortung für die Beantragung von Fördermitteln bei Bauprojekten im Bezirk und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um sicherzustellen, daß Fördermöglichkeiten nicht ungenutzt bleiben?“

Fortbildung und Erinnerungskultur

Prävention gegen Antisemitismus an Schulen

Steglitz-Zehlendorf. Die CDU-Fraktion will in der Schule und bei der Jugendarbeit stärker gegen Antisemitismus vorgehen. In einem Antrag der Bezirksverordneten Dr. Sabine Lehmann-Brauns wird das Bezirksamt ersucht, sich für solche Anliegen bei den zuständigen Stellen einzusetzen oder diese selbst vorzunehmen.

Die Kulturpolitikerin will unter anderem die schulische Präventionsarbeit durch Einführung regelmäßiger Workshops und Projekttage zum Thema Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in Kooperation mit Experten stärken. Dazu gehören nach Lehmann-Brauns Angaben mindestens einmal jährlich verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte und Sozialarbeiter, eine Überprüfung schulischer Angebote zur Antisemitismusprävention und verbindliche Strukturen für den Umgang mit Vorfällen zu schaffen.

„Angesichts der Zunahme antisemitischer Vorfälle und Gewalt unter Jugendlichen“, so Lehmann-Brauns in ihrer Begründung, „brauche man entschlossene, strukturierte und langfristig angelegte Maßnahmen.“ Präventionsarbeit müsse Schulen, Jugendzentren und digitale Lebenswelten erreichen, um junge Menschen wirksam gegen Antisemitismus zu sensibilisieren und zu stärken, so die Kommunalpolitikerin. Zur Vorbeugung gehörte auch die Förderung von Begegnungen mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft sowie die Unterstützung von Jugendprojekten, die sich mit jüdischer Geschichte und Gegenwart beschäftigen, und ebenso die Förderung von Jugendzentren bei der digitalen Aufklärungsarbeit durch Workshops zur Medienkompetenz und zum Erkennen von verleumderischen Behauptungen im Netz.

Um die Erinnerungskultur zu gestalten, bedürfe es einer Verankerung regelmäßiger Besuche von Gedenkstätten im Lehr- und Bildungsplan der Schulen des Bezirks. Dazu gehören nach Lehmann-Brauns Auffassung bezirkliche Krisenteams, die Einrichtungen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen unterstützt und der Aufbau fester Kooperationspartnerschaften mit jüdischen Gemeinden und Bildungsinitiativen.

Mit dem Hissen der israelischen Fahne am Rathaus Zehlendorf zeigte der Bezirk seine Verbundenheit mit dem jüdischen Staat und den dort lebenden Menschen. Foto: M.A. Schmidt

50 Jahre Museumsdorf Düppel

Zehlendorfer Jahrbuch 2026 erzählt die Geschichte der Ausgrabung

Dahlem. Immer zum Jahresende macht uns der Heimatverein Zehlendorf mit dem „Jahrbuch“ eine Freude, das Rückblick und Ausblick auf Ereignisse im früheren Bezirk bietet. Ein Thema ist dieses Mal die Entdeckung des mittelalterlichen Düppel und die Schaffung des Museumsdorfes vor einem halben Jahrhundert.

Zu Pfingsten 1975 strebten mehr als 8000 Berliner auf einen umgewühlten baum- und strauchlosen Acker des Rittergutes Düppel. So begann die Erfolgsgeschichte des Museumsdorfs. 589 Besucher traten dem Förderverein bei und füllten die Kasse mit 16 000 D-Mark. Fünf Monate später, zu den Tagen der Offenen Tür, bot sich das gleiche Bild. „Öffentliche Verkehrsmittel konnten wegen des Andrangs nur mit Verspätung verkehren. Die Straßen rund ums Museumsdorf waren mit parkenden Autos verstopft, 9000 Besucher, 3000 Mark Spenden, die Mitgliederzahl stieg auf 1250“, berichtete der 2021 verstorbene Landesarchäologe Adriaan von Müller. Mit zeitweilig mehr als 6000 Vereinsmitgliedern war das Museumsdorf nicht mehr wegzudenken. Alle Versuche, es in Bauland zu verwandeln, scheiterten an der Beharrlichkeit der Museumsdorf-Freunde.

„Draußen nur Kännchen“

Lothar Beckmann wirft einen Blick zurück auf die Ausflugslokale an den Grunewaldseen, viele davon längst vergessen. Mancherorts hat die Natur mittlerweile die Gartenterrassen der Lokale an der Krummen Lanke und dem Schlachtensee überwuchert, Gebäude sind abgerissen und durch moderne Eigenheime ersetzt worden.

Jahrbuch 2026, 104 Seiten, ISBN 978-3-9818311-9-1, herausgegeben vom Heimatverein Zehlendorf

Wie es damals war, als sich ein Gartenlokal an das andere reihte, hat vor 120 Jahren Paul Kunzendorf aufgeschrieben: „Wenn die Züge der Wannseebahn sich dem Orte nähern, erhält man einen Einblick in die freundlichen Anlagen seiner Straßen und Villen.“ Die Gastfreundschaft der Zehlendorfer belegt er mit einer Zahl. „Zum gastlichen Verkehr laden nicht weniger als 40 Gast- und Schankwirtschaften ein.“ Nur wenige davon – wie die Fischerhütte am Schlachtensee – sind allerdings erhalten geblieben.

James Simon: Wohltäter und Kinderfreund

Jens Leder porträtiert den 1851 in Berlin geborenen „Mäzen, Wohltäter und Freimaurer“ James Simon. Der Textilkaufmann war wie sein Vater Isaac von gemeinnütziger Verantwortung beseelt. Während Simon sich im Alltag den Geschäften widmete, kümmerte er sich am Wochenende um wohltätige Projekte. Als seine dringende Aufgabe sah Simon es an, die materielle und geistig-kulturelle Not der breiten Bevölkerung zu lindern. Dazu konnte er einflußreiche Unterstützer gewinnen. Für sein Engagement – darunter der Verein für Volksbadeanstalten, der Mädchenhort für Benachteiligte und straffällig Gewordene und der Verein für Ferienkolonien für gesunde, kräftige Kinder zur Teilnahme an Schülerwanderungen – gab James Simon ein Drittel seines Einkommens. 1899 gründete er mit seinem Freund Franz von Mendelssohn den Verein für den Schutz von Kindern vor Ausnutzung und Mißhandlung. Eine Gedenktafel in der Claszeile 57 erinnert heute an das „Haus Kinderschutz“ und Simons Verdienste.

Es ist wieder ein gelungenes Stück Chronik, das uns der Heimatverein vorlegt und das uns Gelegenheit gibt, unsere Heimat besser zu kennen. Erhältlich ist es zum Preis von 5 Euro in Buchhandlungen des Bezirks sowie im Heimatmuseum Zehlendorf, Clayallee 355. Öffnungszeiten: Sonntag und Mittwoch von 11 bis 15 Uhr, Donnerstag von 15 bis 18 Uhr.